



In der Abstimmung werden sämtliche Entwürfe der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und freisinnigen Vereinigung abgelehnt, ebenso der Antrag Hinzug gegen die Stimmen der Konservativen.

§ 181 wird also unverändert nach der Kommissionsfassung angenommen.

§ 181a lautet:

Eine männliche Person, welche von einer Frauensperson, die gewerbmäßig Unzucht treibt, unter Ausbeutung ihres unfittlichen Erwerbes ganz oder theilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder einer solchen Frauensperson gewerbmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des ungesetzlichen Gewerbes Schutzes gewährt oder sonst förmlich ist (Zuhälter), wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Ist der Zuhälter der Gemann der Frauensperson oder hat er sie unter Anwendung von Gewalt oder Drohung zu dem ungesetzlichen Gewerbe angehalten, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 1 Jahre ein.

Wenn der Gefängnisstrafe kann auf Verlast der bürgerlichen Ehrenrechte, auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht resp. auf Ueberweisung in ein Arbeitshaus erkannt werden.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen diesen Paragraphen zu streichen, event. die Worte „Frauenspersonen“ in „weibliche Personen“ umzuändern und in Absatz 1 die Worte „oder sonst förmlich ist“ zu streichen.

Die Abg. Hinzug und Genossen beantragen in Absatz 2 statt „Gefängnis“ zu setzen: „Zuchthaus bis zu 6 Jahren.“

Abg. Stadthagen (Soz.) befürwortet die Entwürfe Albrecht und Genossen. Wenn die Zuhälter nicht schon jetzt hart bestraft werden, so liegt das nur daran, daß die Polizei diese Sorte Menschen mit Vorliebe als Vigilanten benutzt. Der Zuhälter ist eine Folgeerscheinung der politischen Willkür. Aus Furcht vor Verurteilung lassen sich die Mädchen von den Zuhältern alles gefallen. Es ist eine strenge Befragung der Zuhälter gerechtfertigt, aber erst muß die zu Grunde liegende Ursache des Zuhälterthums beseitigt werden. Wenn sie durch gute Arbeitsschutzgesetze die Prostitution verringern, so werden Sie dadurch mehr ausrichten als mit diesem § 181a, für den ich nicht stimmen kann.

Abg. Koerner (Sentr.) bittet, es bei den Kommissionsbeschläffen zu belassen. Das Zuhälterthum muß schärfer getroffen werden. Die Fassung des Abg. Stadthagen ist mir unverständlich und ich glaube auch nicht, daß seine ganze Fraktion hinter ihm steht. Der Antrag Hinzug geht mir zu weit.

Abg. Dr. Hieber (natl.) tritt für die Kommissionsbeschläffe ein. Der Zuhälter muß öffentlich das Brandmal der Gemeinheit aufgedrückt werden.

Abg. Vargmann (frei. Bv.): Gegen die Formulierung des Paragraphen haben wir einzelne Bedenken und behalten uns Abänderungsanträge bis zur dritten Lesung vor.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Theil der Zuhälter, den die Polizei als Vigilanten benutzt, wird immer strahllos bleiben. Der § 181a ist durchaus überflüssig und deshalb zu streichen. Verschaffen Sie den Frauen die Möglichkeit, sich frei von allen gesetzlichen Schranken besserer Arbeitsbedingungen zu schaffen. Es geht nicht an, die Ursache bestehen zu lassen und eine Folgeerscheinung zu bekämpfen.

Hiermit schließt die Diskussion.

Der § 181a wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Der von der Kommission abgelehnte § 181b der Regierungsvorlage lautet:

Die Vorschriften der §§ 150 und 151a finden keine Anwendung auf die Vermietung von Wohnungen an Frauenspersonen, welche gewerbmäßig Unzucht treiben, sofern damit nicht eine Ausbeutung des wirtschaftlichen Erwerbes der Mieterin verbunden ist.

Der Abg. Beck-Soburg (fr. Bv.) u. Gen. beantragen, diesen Paragraphen wieder aufzugeben. Eventuell die Schlussworte folgendermaßen zu fassen:

„sofern der Miethszins und die Vergütung für sonstige Beschaffungen das Maß des Gemeinnützigen nicht überschreiten.“

Die Abgg. Albrecht u. Gen. beantragen dieser letzteren Fassung des § 181b noch folgenden Satz hinzuzufügen: „Die Polizei ist nicht berechtigt, anzuordnen, daß Personen, welche gewerbmäßig Unzucht treiben, nur in bestimmten Stadttheilen, Straßen, Wohnhäusern oder Wohnungen Wohnung nehmen.“

Abg. Beck-Soburg (frei. Bv.): Ich halte die Regierungsvorlage für notwendig. Der Schluss ist nicht ganz glücklich, und deshalb bitte ich, ihn durch meine Fassung zu ersetzen. Der Staat erhebt vom Gewerbe der Prostitution Steuern und muß die armen Geschöpfe doch wohnen lassen, so lange noch kein Mittel gegen die Prostitution gefunden ist. Eine Ausrottung der Prostitution ist unmöglich, man muß sich also möglichst gegen die sittlichen und sanitären Gefahren derselben schützen, und die Regierung schlägt den besten Weg dazu vor.

Abg. Henning (konf.): Daß der Staat schließlich dafür sorgen muß, daß die Prostituirten Wohnungen haben, ist ja richtig. Es muß aber berücksichtigt werden, daß Haus in Hand mit der Prostitution das Verbrechertum geht. Auch diesem wird dann eine gesetzliche Zuzuschüsse gemährt. Gegenüber den Schäden, die aus § 181b entstehen würden, sind heutzutage Verhehle noch vorzuziehen. Ich bitte Sie, den Paragraphen abzulehnen.

Abg. Dr. Hieber (natl.): Wir werden dem Antrag Beck zustimmen. Will man die öffentlichen Schäden zu sehr mit Gewalt unterdrücken, so werden sie in der Formelkeit um so höher werden.

Die Refornierung der Prostitution ist nicht die Folge des § 181b, sondern wir nicht für ihn stimmen.

Abg. Koerner (Sentr.): Wer nicht die Refornierung der Prostitution will, die doch unbedingt aus der Lokalfassung, worauf die Regierung hinweist, folgt, muß den § 181b ablehnen. Es wird jetzt schon über die Dreifachheit der Dienen in den Häusern geklagt, wie soll es erst werden, wenn der Ehestand der Puppel für den Vermieter eingeschränkt wird? Die Annahme des § 181b wird zur Entwicklung der Wirtschaftsführung führen. Viel Schutze am dem unerträglichen Erbe der Prostitution trägt das Loze Verhalten der Polizei.

Abg. Beck (Soz.): Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die verbündeten Regierungen mit dem § 181b auf eine Reglementierung und Refornierung der Prostitution hinarbeiten. Falls unser Antrag nicht Annahme finden sollte, bitte ich Sie, wenigstens den Theil des von der Regierung vorgeschlagenen Paragraphen zu streichen, der den § 181a ausnimmt. Daraus, daß die Berliner Polizeibehörde im Verein mit der Richtigemelde dahin wirkt, daß den Prostituirten das Wohnen in bestimmten Straßen unmöglich gemacht wird, werden diese in die Gegenden getrieben, wo das Verbrecher- und Zuhälterthum haust. — Gegen die Refornierung sind wir ganz entschieden, aber Sie werden sie nicht verhindern können, wenn Sie den Antrag Beck annehmen. Was Sie zu verhindern, müssen Sie besondere Kautelen in das Gesetz aufnehmen, wie Sie der letzte Absatz unseres Antrags enthält. Nach § 553 des S.-B. hat der Hauswirth das Recht, sofort ohne Einhaltung der Kündigungsfrist einen Miether zur Räumung der Wohnung zu zwingen, wenn er gegen seinen Willen an eine Prostituirte vermietet ist. Ich bitte Sie, den Antrag Beck mit dem von uns beantragten Schlusse anzunehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding: Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt des § 181b. Herr Koerner jagt, dieser Paragraph müsse zur Lokalfassung führen. Beweisen hat er das nicht. Auch die Ausbeutung der Prostitution wird durch den Paragraphen nicht gefördert. Wer an eine Dirne vermietet, ohne dafür mehr zu nehmen als üblich ist, soll künftig nicht mehr wegen Puppel bestraft werden können. Weiter will die Regierungsvorlage nichts. Wird der § 181b abgelehnt, so kommt es schließlich dahin, daß die Prostituirten überhaupt keine Wohnung mehr bekommen. Nehmen Sie, bitte, den Antrag Beck an, falls Ihnen die Fassung der Regierungsvorlage nicht genügt ist. Der Schlussatz des Antrags Albrecht ist nicht abgelehnt. Das Recht, die Prostitution aus gewissen Stadttheilen zu verdrängen, darf der Polizei nicht genommen werden. Stellen Sie also die Regierungsvorlage wieder her.

Das Haus vertagt die Weiterberathung auf Freitag 1 Uhr Nachmittags.

**Die Forderung der Prostitution ist nicht die Folge des § 181b**

Staatsekretär Nieberding: Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt des § 181b. Herr Koerner jagt, dieser Paragraph müsse zur Lokalfassung führen. Beweisen hat er das nicht. Auch die Ausbeutung der Prostitution wird durch den Paragraphen nicht gefördert. Wer an eine Dirne vermietet, ohne dafür mehr zu nehmen als üblich ist, soll künftig nicht mehr wegen Puppel bestraft werden können. Weiter will die Regierungsvorlage nichts. Wird der § 181b abgelehnt, so kommt es schließlich dahin, daß die Prostituirten überhaupt keine Wohnung mehr bekommen. Nehmen Sie, bitte, den Antrag Beck an, falls Ihnen die Fassung der Regierungsvorlage nicht genügt ist. Der Schlussatz des Antrags Albrecht ist nicht abgelehnt. Das Recht, die Prostitution aus gewissen Stadttheilen zu verdrängen, darf der Polizei nicht genommen werden. Stellen Sie also die Regierungsvorlage wieder her.

Das Haus vertagt die Weiterberathung auf Freitag 1 Uhr Nachmittags.

5,4 Millionen. Dazu tritt noch der Pensionsfonds, der sich um 860.000 Mark anwächst, und die Steigerung Schuldzinsen. Die jährlichen Gesamtaufwendungen für Marine würden von 169 Millionen im Jahre 1900 323 Millionen im Jahre 1916 steigen — also 154 Millionen Mark.

Die Novelle entspricht im Wesentlichen dem vor er Zeit in der „Nordd. Allg. Ztg.“ Mitgetheilten. Auf ausführliche Begründung der Vorlage gehen wir heute näher ein.

**Unsere Flotte auf Pump!**

Es kann nicht schaden, unseren Flottenschwärmern gelegentlich die Reichspumpwirtschaft, wie sie längst besteht wie sie bei Annahme der Flottenvorlage in's Ungemessene wickelt wird, in nüchternen Zahlen vor Augen zu führen.

Nach den Berechnungen des Reichsschatzamt beträgt 3 1/2 procentige Reichsschuld zur Zeit 12 Millionen Mark, sie erfordert an Zinsen 43,4 Millionen Mark. Die 3 procentige Reichsschuld beträgt 7 Millionen Mark, Zinsen 32,56 Millionen Mark. Dazu kommt die neue Anleihe für 1900 mit 76 Millionen Mark, Zinsen 870.000 Mark, ferner weitere Zinsen Tausend Mark, ergibt als Schuld 2277 Millionen Mark, an Zinsbedarf 77,405,000 Mark. Das ist die alte Rechnung, wie sie besteht.

Die Flottenvorlage soll kosten an Anleihe 7 Millionen Mark, macht Zinsen zu 4 Prozent, anders wird's zur Zeit nicht gehen, 30,760,000 Mark, erhalten also eine Reichsschuld von 3046 Millionen Mark mit einem Zinsbedarf von 105,165,000 Mark.

Von diesen Ziffern ist offiziell nichts wegzuleugnen. Ausschließlich langen sie aber nicht, und es kommt, wenn ich haupt, auch der alljährliche Mehrbedarf von 11 Millionen Mark auf dasselbe Konto. Dieser Mehrbedarf bezieht auf 176 Millionen Mark, die sonach zu der Reichsschuld hinzuzuzulagen sind, so daß diese allein durch diese wendungen, von anderen Anleihen, die nicht ausbleiben werden ganz zu schweigen, auf die enorme Summe von 32 Millionen Mark, also 3 1/2 Milliarden Mark und ein Zinsbedarf von 113,205,000 Mark zettigt.

Wir wollen diese Ziffer durch weitere Vermuthungen nicht belasten. Da aber mit aller Sicherheit vorausgesetzt ist, daß sich die Anleihenwirtschaft fortsetzt, daß diese Anleihenwirtschaft im Falle einer ökonomischen Krisis sich noch weiter, so kann man, ohne irgend welcher Uebertreibung gichtig zu werden, rechnen, daß mit dem Ausbau der Flotte wir das je erleben, das Reich eine Schuld von 4-5000 Millionen Mark zu verzinsen haben wird.

**Die Novelle zum Flottengesetz**

ist am Donnerstag vom Bundesrath angenommen worden und dem Reichstage zugegangen.

Die Vorlage bestimmt im § 1, daß der Schiffsbestand der deutschen Flotte gegen den bisherigen Bestand vermehrt wird um a) Verwendungsbereit: 1 Flottenflaggschiff, 2 Geschwader zu je 8 Linien Schiffen, 2 große und 8 kleine Kreuzer als Aufklärungschiffe der heimischen Schlachflotte, 5 große und 5 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst; b) als Materialreserve: 2 Linien Schiffe, 1 große und 2 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst. Vermindert wird der Bestand um das Rüstenpanzer-Geschwader, doch kommen diese 8 Schiffe bis zu ihrem Ersatz als Linien Schiffe auf den vermehrten Sollbestand in Rechnung. § 2 der Novelle setzt für die Indienststellungen der heimischen Schlachflotten als Grundätze fest, daß das erste und zweite Geschwader die aktive, das dritte und vierte die Reserve-Schlachflotte bilden; von der aktiven werden sämtliche Schiffe, von der Reserve die Hälfte dauernd in Dienst gehalten. Der dritte und letzte Paragraph lautet: Die Bereitstellung der in Folge dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltetat.

Nach der Begründung sollen innerhalb sechzehn Jahren der Regel nach jährlich drei große und drei kleine Schiffe auf Stapel gelegt werden. Um möglichst bald die aktive Schlachflotte, die stets die neuesten und besten Schiffe enthalten soll, auf die volle Höhe der Kraft zu bringen, sollen zuerst die Vermehrungsbauten (Linien Schiffe und Kreuzer) für die aktive Schlachflotte, dann erst die Ersatzbauten für die Reserveflotte in Angriff genommen werden. Die Kosten für Schiffsbauten und Armierungen erreichen die Gesamthöhe von 1600 Millionen, die für Haken, Werk- und Kajuten-Anlagen 261 Millionen. Von diesen 1861 Millionen, die im Laufe von sechzehn Jahren als einmalige Ausgaben in Betracht kommen, sollen 769 Millionen durch Anleihen, 1092 Millionen aus laufenden Mitteln gedeckt werden. Die fort-dauernden Ausgaben steigen durchschnittlich jährlich um

der Arbeitgeverbund für das Maurer- und Zimmereigewerbe von Berlin hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab. In dieser „widerlegte“ der Tagesabgeordnete Felix die vom „Vorw.“ verbreitete Nachricht, daß der Bund eine allgemeine Ausperung der Arbeit strebe. Die Zeit wird lehren, in wie weit die „Widerlegung“ des „Vorwärts“ berechtigt war.

**Der Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmereigewerbe von Berlin** hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab. In dieser „widerlegte“ der Tagesabgeordnete Felix die vom „Vorw.“ verbreitete Nachricht, daß der Bund eine allgemeine Ausperung der Arbeit strebe. Die Zeit wird lehren, in wie weit die „Widerlegung“ des „Vorwärts“ berechtigt war.

**Ausland.**

**Italien.** Eine allgemeine Verränschung aller Kriegsmaterialien will Herr Pelloux vornehmen, um die Reorganisation der Artillerie durchzuführen zu können. Er hofft durch Verkauf aus Fortifikationsgründen aufgelassener Festungen von außer Gebrauch gesetzten Gewehren alten Systems hierzu nöthigen Mittel zu beschaffen.

**Frankreich.** Hat der Prozeß gegen die zwölf Mitglieder des nicht genehmigten Ordens der Assumptionsisten am Mittwoch ihrer Verurteilung zu je — 16 Frank's Geldbuße ernde. Außerdem sprach aber der Gerichtshof die Auflösung der Assumptionsisten-Gesellschaft aus.

Der Prozeß gegen die Assumptionsisten hat am Mittwoch zu einem stürmischen Zwischenfall in der Kammer geführt. Der Deputirte Motte sprach sich sehr tabelnd über den Staatsanwalt Hulot aus, weil dieser, ohne Beweise zu bringen, in dem Assumptionsprozeß etwa dreißig Deputirte namhaft gemacht habe, die von den Assumptionsisten unterstützt sein sollten. Als der Justizminister Monis erklärte, daß eine Karte des Deputirten Bernard bei den Assumptionsisten aufgefunden wurde, erklärte Bernard den Minister und den Staatsanwalt für Lügner. Bernard wurde dafür in Ordnung gerufen, ebenso wegen Lärmens der Nationalkassie. Bernard erging sich trotzdem weiter in heftigen Beschimpfungen des Justizministers. Darauf erfolgte Bernard's Ausschluss von den Sitzungen. Als Bernard sich nunmehr weiter, den Saal zu verlassen, rief der Präsident Deshayes eine Abtheilung Soldaten herein, welche den laut protestirenden Bernard hinausleiteten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wies der Justizminister Monis die gegen ihn gerichteten Anschuldigungen mit Entrüstung zurück. Schließlich wurde der Angelegenheit mit 319 gegen 214 Stimmen auf einen Monat vertagt.

**Aus aller Welt.**

**Heber das Berliner Eisenbahnunglück auf der Ringbahn** wird folgendes Nähere berichtet: Sobald mit beschleunigter Fahrt die Wagen hatten den Bahnhof Schönhauser Allee und die Ueberführung der Schönhauser Allee passirt, als der Zug plötzlich mit einem gewaltigen Krachen liegen blieb. Beim Vorfehren einer Weiche und des dazu gehörigen Gerüstes hatte die Maschine den rechten Weg genommen, die Wagen aber folgten nicht dem Gerüst, sondern gerieten auf einen falschen Strang. Die Folge war, daß die nachrückenden freiwendelnden Wagen die Maschine mit einem gewaltigen Stoß heranzogen, so daß sie aus dem Geleise weg und sich vollständig umdrehte, und dann umkante, so daß sie jetzt in Richtung mit den Rädern nach oben liegt. Die Wagen schoben sich neben- und übereinander zu einem großen, mit Beschloßen untermissten Trümmerhaufen. Der heftigste Aufschlag geschah durch einen Sprung von der Maschine zu einem geriecht jedoch zwischen die Lokomotive und die nachrückenden Wagen und wurde tödtend. Der Lokomotivführer Jürg wurde durch den Dampf, der nach dem Abbrechen des Dampferhautes dem Kopf entströmte, am ganzen Körper schwer verbrüht, der Zugführer Hummer, der hinter der Maschine im Badewagen gesessen hatte, erlitt einen doppelten Schädelbruch und eine Quetschung der Brust und einem Bruch wurde der Brustkasten eingedrückt. Zur Befreiung der Besatzung aus dem Trümmerhaufen wurden sofort die Bahnhofsarbeiter zusammengerufen. Leider waren während der Rede nur wenige anwesend, so daß die Rettungsarbeiten ziemlich lange dauerten. Letzte war, als man ihn endlich unter den Trümmern hervorgehoben konnte, bereits todt. Die Geleise waren zum Theil zerbrochen und auseinander gerissen.

Das Telephon Berlin-Paris, das 1100 Kilometer lang ist, wird demnach Ende Februar dem Betriebe übergeben werden. Der Postdirektor von Nancy hat sich im Auftrage der französischen Regierung nach Metz begeben, um mit der deutschen Post die letzten Abmachungen vor der Eröffnung zu treffen.

**Geldmangelverschuldung eines Devisenkaufers.** Der Herr Heller Oze Koppe der bei der Berliner Substanzion einer Spiegelglasversicherung-Gesellschaft angestellt und nach Unterschlagung von 6000 Mark flüchtig geworden war, hat in Hannover einen Selbstmordversuch unternommen. Er brachte sich zwei Revolverkugeln in die Brust und liegt im Krankenhaus hoffnungslos darnieder.

**Ein schweres Unglück** ereignete sich Dienstag früh, wie aus Anzeigern bei Büschel in Dessau gemeldet wird, im sogenannten Hakenbruch der hiesigen Grand-Alteneisenwerkstatt. Während die Arbeiter im Bruch damit beschäftigt waren, Stengelböcke zu bohren, geriet ein böse, wahrscheinlich in Folge der anhaltenden Regengüsse, Geröllmassen in Bewegung und verkrüppelte drei Arbeiter. Erst nach argem Ringen gelang es, die Verunglückten an das Tageslicht zu führen. Alle drei waren bereits todt und in furchtbaren Weite entstell. Von den Verunglückten, die sämtlich verheiratet waren, ist einer Vater von 13 Kindern.

**Eine ganze Familie erkrankte.** Der Gemeindevorstand in Sula (Ostpreußen in Preußen), Namens Kornow, fuhr mit seiner Familie in einem Wagen über den zugefrorenen Dnieprfluß, um sich nach Brest-Litovsk zum Meiste zu begeben. Ploßlich brach unter dem Wagen die Eiskröte ein, und der Wagen stürzte mit seiner Besatzung in die tiefen Rinnen, dessen Frau und Kinder, ferner der Fuhrmann ertranken.

**Demijoches.**

Alle unsere Großstädte haben in ihren Geschäftsvierteln ungeheure Werthe in Baaren aller Art auf. Wie wir einer Mitteilung des Intern. Patentbureau's aus New York entnehmen, birgt New-York zu B. in seinen Lagerhäusern allein verpacktes Material im Werthe von ungefähr 400.000.000 Mark von den großen Geschäftsplätzen auf dem Brotwaage hat eines ein Lager, das mit circa 50.000.000 Mark gefüllt ist, ein anderes enthält „nur“ für 30 Millionen Mark Handelswaare. Zahllose Lager im Werthe von 5-20 Mill. sind daneben, so besonders in der Lebensmittelbranche, die allein aus hunderte von Millionen besteht. Dasselbe gilt von der umliegenden New-York, dem Reich der Eisens- und Stahls. Da ein Betrag von dem Umfang mancher amerikanischen Lager zu geben, ist mittelbeil. das bei einer Auktion das Baarvermögen einer Patrimonia (!) 300.000 Mark beträgt.

**Der Krieg in Südafrika.**

Einen Erfolg haben die Engländer in Natal errungen. General Buller hat in der Nacht zum Mittwoch den Spionk besetzt, der als eine der besten Stellungen der Buren galt. Das vom Kriegsamt veröffentlichte Telegramm lautet:

„Buller's Truppen besetzten Dienstag Nacht den Spionk und überraschten dort eine kleine Burenabtheilung die floh. Der Spionk wurde von den Engländern den ganzen Mittwoch über besetzt gehalten, trotz heftiger Angriffe besonders durch die großen Schützen Granaterfeuer des Feindes. Wo es besetzt ist, daß letzte Verluste beträchtlich sind. General Buller's

ate ist lebensgefährlich verwundet. Waren  
 laubt, daß er die Stellung des Feindes unhaltbar gemacht habe.  
 die Haltung der englischen Truppen ist ausgezeichnet.  
 Sehr zuverlässig ist der Ton dieser Siegesnachricht  
 nicht. Aus den Wendungen, daß der Spionkop den ganzen  
 Mittwoch über besetzt gehalten" und daß Waren "glaubt"  
 die Stellung des Feindes unhaltbar gemacht zu haben, geht  
 hervor, daß General Buller selbst noch nicht klar ist, wie weit  
 der Erfolg Warrens von entscheidender Bedeutung ist für den  
 künftigen Entschluß von Ladysmith. Noch am Dienstag hat die  
 Times" aus Sparman'scamp gemeldet, daß die Büren,  
 nachdem sie von ihnen besetzten Höhenrücken, der sich fast  
 ununterbrochen vom Draakenberg mehrere Meilen ostwärts er-  
 streckt, besetzt haben, gerüstet sind für einen Kampf von fast  
 unabsehbarer Dauer.

Ueber Friedensverhandlungen wird aus  
 London in politischen Kreisen gegenüber den amtlichen Dementis  
 das Bestimmteste berichtet, daß Mac Kinley sowohl  
 in London als auch in Pretoria, wenn auch nicht in offizieller  
 Form, die Friedensermittlung eingeleitet hat. Das  
 ist auch die Ursache, daß das Kriegsamt beschlossen hat, keine  
 weiteren Truppen nach Südafrika zu senden. Der Prä-  
 sident Mac Kinley hatte eine Unterredung mit dem früheren  
 Präsidenten von Transvaal, White, der offiziell empfangen  
 worden ist.

### Preussischer Landtag.

Berlin, 25. Januar 1900.

In Abgeordnetenhaus wurde heute die Agrardebate  
 mit ungewöhnlich großer Anteilnahme, aber noch nicht zu Ende ge-  
 führt. Erst morgen wird der Landwirthschaftsminister sein Gehalt  
 mit dem Landtag diskutieren. Die Aussprache an neuen Gesichtspunkten war  
 keine. Die Rede von Dr. Göttinger von der freisinnigen Vereinigung  
 heute den Agrariern auf die Angriffe, die ihm seine Erwähnung  
 des Harmonienprojekts eingetragen hatte. Er wies mit Recht da-  
 rauf hin, daß bis jetzt verunglückten Börsenspekulanten noch niemals  
 ein solches Staatsstills für sich in Anspruch zu nehmen. Als  
 unbillig gedächte Exportindustrie bezeichnete er die Zucker- und  
 Spiritusindustrie und wohnt Herrn v. Wangenheim beim Wort, sie  
 von Prämien zu befreien. In der Getreidefrage äußerte er sich  
 referenziell und erklärte den jetzt bestehenden Zoll von 3.50 Mk.  
 zwar auch für zu hoch, machte aber die Koncession, nur seine all-  
 mähliche Beseitigung zu verlangen. Nach ihm nahm der ehemalige  
 Arbeiter der Post- und Freundschaft des Herrn v. W. Miquel  
 v. H. d. L. das Wort, um in seiner lebhaften Art die Politik  
 der wirtschaftlichen Sammlung zu predigen. Natürlich ist er von  
 der Ansicht entzweit, daß Kontraktwerke der ländlichen Arbeiter  
 nicht durchgeführt werden sollen. Als Mann der ausgleichenden Gerechtigkeit  
 verlangte er nur noch, daß auch die industriellen Arbeiter  
 unter ein solches Ausnahmerecht gestellt werden. Anschließend  
 war, daß er im Gegenstand zu seinem Fraktionskollegen  
 Kardorff den Grafen Josadowitz in hollen Tönen vrie-  
 der Staatsminister des Innern muß bei den agrarischen Hochschu-  
 lern doch noch einen Stein im Weeg haben. Nach den un-  
 bedeutenden Reden des Centrumsabgeordneten K. L. L. und eines  
 Sozialdemokraten der freisinnigen Partei des Agrarierthums, des  
 H. v. Pohl, erwiderte Dr. Hirsch (fr. Wp.) seinen agrarischen  
 Gegnern. Er betrug sich auf sein Harmonien-Apostolat, um den  
 Kammern einseitiger Parteinarbeit für die Arbeiter abzuwehren,  
 klärte jedoch, daß die einseitige Parteinahme für die Unternehmer,  
 die sie im Abgeordnetenhaus hervorgebracht wäre, ihn zu seiner  
 Stellung gedrängt habe. Er verwies des Näheren auf das an-  
 wirtschafliche kleine Zuchthausgesetz, aus dem er einen besonders bezeich-  
 nenden Paragraphen zitierte. Es wird darin bestimmt, daß land-  
 wirthschaftliche Arbeiter, die sich zur Einstellung der Arbeit oder zur  
 Behinderung der Arbeiten Anderer untereinander verabreden, mit  
 Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden; ebenso die Anstifter,  
 auch wenn sie keine landwirthschaftlichen Arbeiter sind. Gegen eine  
 Übertragung einer derartigen Ausnahmevorschrift auf Preußen  
 und das Reich erklärte der Redner mit allen Kräften ankämpfen zu  
 wollen. Nachdem ein weiterer Centrumsagrarier, Dr. Becker,  
 die Zulassung ausländischer Arbeiter als einziges Mittel gegen die  
 Arbeitslosigkeit verlangt und der Freikonservative Abg. Liders be-  
 merkt hatte, daß der kleine Grundbesitz in der Pilsener Gegend  
 in den letzten Jahren um ein Drittel entwerthet worden sei,  
 leitete der konservative Abg. Graf Schwertin eine breit angelegte  
 sozialpolitische Rede über die Nothwendigkeit höherer Getreidezölle,  
 die er den Grafen Kamm auf Gehaltsfragen und Langweiligkeit  
 übertrug. Der Minister Frhr. v. Hammerstein  
 machte den Agrariern die lebhaftesten Versicherungen und ver-  
 sicherte seine Bereitwilligkeit, für höhere Getreidezölle zu sorgen. Ganz  
 besonders ließ er einfließen, daß die Agrarier-Tag daran hätten, sich  
 durch unnützlich Widerstand in der Kanalfrage mit anderen  
 Interessentengruppen zu überwerfen. Daß die Politik der Samm-  
 lung leichter geworden als durchzuführen werden kann, zeigte der  
 Schluß der Sitzung. Der Führer des Bundes der Landwirthe Freiherr  
 v. Wangenheim griff die Nationalliberalen aufs Schärfste  
 an, weil sie die Junkerische Ausbeutungspolitik nicht offen genug  
 machten. Für die Nationalliberalen erwiderte Dr. Friedberg,  
 der schon die Schuld an dem ganzen Streite hauptsächlich dem Abg.  
 Hahn in die Schuhe, dessen Tonart und Agitationsmethode  
 die Verständigung unmöglich mache. Er verlangte runderaus, daß  
 am dem Altar der Sammlungspolitik zunächst Dr. Hahn abge-  
 schlichtet werde. Morgen werden wir hören, was der Bund zu  
 diesem freundlichen Vorschläge meint.

### Parlamentarisches.

In der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags ist  
 der Wahl des Abg. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein (Königsberg;  
 Königsberg-Land, Fischhausen; Kom.) beanstandet worden. Es sollen  
 die Berechtigten stattdessen über verschiedene Behauptungen über-  
 prüft werden. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein war in der Stichwahl  
 mit 9715 gegen 7413 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden.

### Partei-Angelegenheiten.

**Partei-Organisation.** Im sozialdemokratischen Verein für  
 Ostpreußen wurde die Frage der Abänderung der Partei-Organisation  
 diskutiert und nach eingehender Diskussion eine Resolution ange-  
 nommen, wonach in einer demnächst einberufenen Partei-Ber-  
 sammlung die Ueberführung der losen Partei-Organisation in die  
 geschlossene Vereinsorganisation bewerkstelligt werden soll.

### Zum Riesenkampf der Bergarbeiter

Österreich ist heute nur zu meld., daß alle Versuche, die Ar-  
 beiter durch die lächerliche Androhung der Entlassung zur Rückkehr  
 zu bewegen, selbstverständlich erfolglos blieben. Hier und da nahm  
 die Zahl der Ausständigen bald unwesentlich ab, bald zu, wie es bei  
 solch komplizierten Massen erklärlich ist.  
 Der Produktionsausfall seit Beginn des Streikes beträgt be-  
 reits 21 Millionen Meterzentner. Mittwoch Vormittag wurde  
 eine Abordnung der streikenden Arbeiter vom Justizminister  
 empfangen.  
 Der Verein der Ostau-Karminen Werke hat in einer heute ab-  
 gehaltenen Versammlung beschlossen, dem Zusammentritt der  
 Bergarbeiter in Ostau keine Schwierigkeiten zu bereiten. Wie  
 wichtig! Von Ausgleichsverhandlungen verspricht man sich jedoch

in Österreichischen Blättern jetzt keinen Erfolg. Die Arbeiter be-  
 stehen auf ihren Forderungen, die Unternehmer wollen nicht nach-  
 geben. Die Hartnäckigkeit beider Parteien erklärt sich, wie aus  
 Wien gemeldet wird, damit, daß der Ausgang des Kohlenkampfes auf  
 Jahre hinaus für das Verhältnis zwischen den Gewerken und den  
 Arbeitern maßgebend sein wird.  
 Inzwischen nimmt der Kohlenmangel immer mehr zu. In  
 Prag ist im Folge Kohlenmangels der elektrische Betrieb der  
 Straßenbahnen eingeschränkt worden; auch mehrere Schulen und  
 Fabrikbetriebe wurden aus dem gleichen Grunde geschlossen.

Daß der Streik immer ungünstiger auf die Oesterreich be-  
 nachbarten baltischen Grenzländer in wirtschaftlicher Beziehung  
 einwirkt, beweist folgendes Privat-Telegramm der Berliner Volks-  
 Zeitung:  
 "In Folge der drohenden Kohlennoth ist seit gestern der  
 Güterverkehrsverehr auf den sächsischen Staatsbahnen ein-  
 geschränkt. Auf den Durchgangslinien Pirna-Bodenbach ist gestern  
 der größte Theil der Güterzüge wegen Mangel an Kohlenzufuhr  
 ausgeblieben. Die Stadtverwaltung in Pirna wird heute den Ver-  
 kauf von Koks aus der Gasanstalt an Private untersagen. Schon  
 können die großen Fabriken in Pirna, Riesa, Kamenz u. ihren Bedarf an  
 Kohlen kaum noch aufbringen. Die große Hermannshütte Pirna  
 u. Co. in Pirna hat ihren Betrieb bereits eingestellt, andere Firmen  
 arbeiten nur noch mit halbem Betriebe. Auch aus den Industri-  
 ländern des oberen Erzgebirges laufen bereits Meldungen über  
 drohenden Kohlenmangel ein.

Die Haltung der Streikenden ist trotz aller Mißlernachrichten,  
 trotzdem man sie aus den "Arbeiter"wohnungen verjagt und auf alle  
 Weise drangsalirt, musterhaft.

### Arbeiterbewegung.

Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften  
 hat in dem neuesten Bericht über die deutschen Gewerkschaften  
 das Leipziger Kartell als richtig erachtet und so die Verbindung derselben  
 mit der modernen Arbeiterorganisation aufgehoben.

### Soziales und Provinzielles.

Breslau, den 26. Januar 1900.

**Breslauer Stadtverordnetenversammlung.**  
 Die gestrige Sitzung brachte nur einen Gegenstand von  
 wesentlichem Interesse: die Grundwasser-Verordnung der Stadt  
 Breslau. Es ist das etwas unfreiwillige Verdict des  
 Stadts. R. Kipke, die große Bedeutung dieser Maßnahme für  
 die ganze Breslauer Bevölkerung noch einmal in die rechte  
 Beleuchtung gesetzt zu haben. Herr Kipke ist nämlich, wie er  
 mehrfach versicherte, ein entschiedener Anhänger der projektierten  
 Grundwasser-Verordnung, brachte aber in Widerspruch zu dieser  
 Erklärung so viele Bedenken gegen die Ausführbarkeit des  
 Projekts wie die Brauchbarkeit des Grundwassers, daß  
 er bei manchen etwas schwachgläubigen Lenten in der Versam-  
 lung arge Bedenken erregte. Drei unserer Herren Stadt-  
 räte warfen sich in die Sacke — der Herr Ober-  
 bürgermeister war nicht anwesend, da konnten also  
 auch einmal andere Herren vom Magistrat "ne Rippe ris-  
 tiren" — konnten aber gegen Herrn Kipke's Beredsamkeit nicht  
 gar zu viel ausrichten, dagegen verstand es Herr Stadts.  
 Prof. Flügge, eine Autorität auf diesem Gebiete, in über-  
 aus klaren überzeugenden Worten darzulegen, daß die Be-  
 denken des Herrn Kipke ganz unberechtigt, die Vortheile des  
 Projekts für die gesammte Bevölkerung aber überaus große  
 sind, besonders in gesundheitlicher Beziehung. Wir verweisen  
 bezüglich der Flügge'schen Rede auf unseren unten folgenden  
 Bericht.

Bei einem den Bademeister des städtischen Brausebad II  
 betreffenden Magistratsantrag machte Stadts. Bruhns auf  
 das geringe Gehalt dieser Beamten aufmerksam, für das auch  
 noch die Ehefrauen derselben ihre ganze Arbeitskraft aufwenden  
 müssen. Hoffentlich führt diese Anregung zu einer entsprechen-  
 den Erhöhung der Gehälter.

In der gestrigen vom Vorsteher Geheimrath Freund geleiteten  
 Stadtverordneten-Versammlung kamen nach einigen geschäftlichen  
 Mittheilungen u. A. folgende Vorlagen zur Verhandlung.  
 Der Magistrat erucht bezugnehmend auf den Beschluß der  
 Stadtverordneten-Versammlung vom 7. Dezember 1899, sich damit  
 einverstanden zu erklären, daß die Barnherzige Brüder-Kirchhof vom  
 Jahre 1900 ab nicht mehr abgehalten wird. Der Ausschuß II  
 empfiehlt: 1. Der Magistratsvorlage zuzustimmen; 2. dem Magistrat  
 zur Erwägung zu geben, ob und in welcher Weise dem Konvent der  
 Barnherzigen Brüder eine höhere Subvention als bisher gewährt  
 werden kann. Der Berichterstatter Stadverordneter Mann weist auf  
 die Verhältnisse hin, welche die Kirche für die Bewohner der Kloster-  
 straße mit sich bringt, hin. Ebenso sei mit Rücksicht darauf, daß die  
 Klosterstraße in jenem Theil jederlicher Querstraßen entbehre, garnicht  
 abzusehen, welche unheilvolle Folgen eine ausbrechende Feuersbrunst  
 haben könnte. Sollte ein derartiger Fall einmal eintreten, so sei es  
 selbstverständlich, daß die öffentliche Meinung mit Vorwürfen nicht  
 zurückhalten würde. Die Stadtgemeinde verzichtet auf die Ernahmen,  
 welche ihr aus Miethen zustießen, auf denselben Standpunkt ständen  
 auch die in Betracht kommenden Hausbesitzer. Im Ausschuss ist die  
 Frage, ob es nicht angeht, erstens, die Kirche nach einem anderen  
 Platz zu verlegen, ventilirt worden. Der Magistrat ist dieserhalb  
 mit dem Polizei-Präsidenten in Verbindung getreten und hat legere  
 den Platz und Nothplatz in Voranschlag gebracht. Das Polizei-  
 Präsidium hat aus sicherheitspolizeilichen Rücksichten es abgelehnt,  
 hierzu die Zustimmung zu geben.  
 Da die Barnherzigen Brüder durch die Abschaffung einen  
 Verlust von ungefähr 300 Mark haben, erucht der Berichterstatter  
 den Magistrat, eine höhere als die bisher gewährte Subvention be-  
 willigen zu wollen. Die Ausschuss-Vorlage wurden lebhaftes an-  
 genommen.

**Fuchslinienfestsetzung.** Der Magistrat erucht die Stadt-  
 verordnetenversammlung um Zustimmung, daß zur Anlage zweier  
 Straßen in dem Hilde, welcher von der Straße 32 des Behanungs-  
 planes der Oder- und Sandvorstadt — der sogenannten Fuchstraße —  
 dem Lehnmann, dem Brigittenhal und der Sternstraße begrenzt  
 wird, die Fuchslinien festgelegt werden. In Gemüthen der Stadt-  
 gemeinde das Ausgangsrecht auch der Parallelstraße zur Sternstraße  
 gewahrt bleibt und d. daß das der Stadtgemeinde gehörige Terrain  
 zur Straßenanlage unentgeltlich hergegeben wird. Der Referent  
 Hirsch weist darauf hin, daß die Maschinenbau- und Kunstgewerbe-  
 schule auf diesem Terrain errichtet werden soll und damit das Städte-  
 bild in jener Gegend sehr verschönert wird, und erucht um Ge-  
 nehmigung der Vorlage. Diese wird ausgeprochen.  
 Ebenso empfehlen die Ausschüsse IV und V, daß der Fuch-  
 tenplan für die Anlage einer Straße durch den Fuchsdübel und  
 den Störhof zwischen der Zwingerstraße und der Kleinen Großen-  
 gasse, sowie zur Verbreiterung der Großen Großenstraße und der

Schuhstraße zwischen der Dhanewitzstraße und der Hummerel, sowie  
 des Grundstücks Schuhstraße 8 nach Maßgabe des Gesetzes vom  
 2. Juli 1875 förmlich festgelegt werde. Ferner den Magistrat zu  
 ersuchen, die Fuchslinien-Festsetzung für die Schuhstraße bis zur  
 Dhanewitzstraße in Erwägung zu nehmen. Die Zustimmung wird ertheilt.  
 Abänderung der Schlichterordnung. Der Magistrat  
 erucht die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu  
 erklären, daß der Herr Finanzminister um eine Änderung des § 4  
 der am 15. Juni 1898 in Kraft getretenen Ordnung für die Er-  
 hebung und Aufsichtigung der Schlacht-, Fleisch- und Wildpre-  
 steuer in Breslau dahin erucht werde, daß für Kinder bis zu einem  
 Gewicht von 5 Centnern einschließend nur der Steuerzins von  
 15 Mark erhoben wird. Der Berichterstatter Stadts. Schiefinger  
 empfiehlt Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuß II, was  
 geschieht.

**Umstellung.** Der Bademeister Robert Kretschmer im Brause-  
 bad Nr. II soll vom 1. April 1900 ab nach Maßgabe der Be-  
 stimmungen vom 20. Juli 1894 als Privatbeamter angestellt, und  
 der 1. April 1895 als Ausgangspunkt für die Gewährung der im  
 Etat der Brausebäder unter A, I der Ausgaben vorgesehenen  
 Alterszulagen festgesetzt werden. Stadtverordn. Klee empfiehlt  
 Annahme. Stadtverordn. Bruhns ist sich verständlich mit dem  
 Antrag des Magistrats einverstanden, will aber bei dieser Ge-  
 legenheit auf den geringen Gehalt der Bademeister hinweisen. Die-  
 selben sind angestrengt in ungeunden Räumen thätig und ist zu  
 erwägen, ob der Gehalt dieser erhöht, oder den Frauen derselben  
 für ihre Dienste einige hundert Mark Entschädigung gewährt  
 werden. Die Vorlage wird genehmigt.

**Dringlichkeits-Antrag.** Der Magistrat erucht, daß das  
 dem Kaufmann Schiefinger gehörige Grundstück Graupenstr. 13,  
 von 322 qm. zur Straßenverbreiterung für den Preis von  
 125,000 Mk. erworben wird, und der Kaufpreis nebst etwaigen  
 Kosten des Kaufgeschäfts von dem Haupt-Ertragsminderer pro  
 1899 abgeschrieben wird. Der Referent Stadverordn. Joh. be-  
 antragt Ausschussberatung, welche beschlossen wird.

**Grundwasser-Verordnung.** Der Magistrat hatte beantragt,  
 daß I. für die Wasser-Verordnung der Stadt Grundwasser dem  
 Grundwasserströme in der Oberflächenerdwasser zwischen Firscham und  
 Tschschu, anstatt wie bisher dem Oberstrome entnommen  
 werde; daß II. für die Fassung und Zuleitung jenes Grund-  
 wassers nach der Stadt ein von Bauath Thom aufgestellter  
 Borenturm, vorbehaltlich der späteren Feststellung der Einzel-  
 heiten, zu Grunde gelegt werde; daß III. die für die ganze An-  
 lage und den Grunderwerb erforderlichen, auf 4 Millionen Mk.  
 berechneten Kosten aus den in der neuen Anleihe für die  
 Grundwasser-Verordnung u. vorgesehenen 6,050,000 Mark  
 entnommen, die bis zur endgiltigen Vermehrung der An-  
 leihe erforderlichen Ausgaben aber zunächst vorläufige und  
 vorbehaltlich der Wiedererstattung aus bereiten Beständen  
 der Kammerei (Betriebsfonds) gedeckt werden; daß IV. die  
 Feststellung des Entwurfs im Einzelnen, sowie die Ausführung  
 des Baues der Betriebs-Deviation übertragen werden. Diese  
 Anträge wurden dem Bau-Ausschuss überwiesen, ebenso der An-  
 trag des Stadtverordneten Lejus: "Die Versammlung möge  
 noch nicht beschließen, daß das in Schwermuth genannte Hoch-  
 wasser nach dem Wasserbehälter geleitet werde, um dort ent-  
 eisenet und filtrirt zu werden, sondern über die Zweckmäßigkeit  
 solcher Disposition ein weiteres Gutachten des städtischen Hydro-  
 logen C. Kieffe in Berlin einholen. Der Bau-Ausschuss em-  
 pfiehlt nunmehr: a) den Antrag II zu streichen; b) im Antrag IV  
 die Worte "im Einzelnen" zu streichen; c) mit diesen Abänderungen  
 die Magistrats-Vorlage zu genehmigen; d) den Magistrat zu er-  
 suchen, der Stadtverordneten-Versammlung später von dem ge-  
 wählten allgemeinen Entwurfe Kenntnis zu geben. Der Bericht-  
 erstatter Grund begründet und erwirkt die Ausschuss-Anträge.  
 Stadverordneter Kipke empfiehlt, bei dieser Frage recht vor-  
 sichtig vorzugehen. In Upehn habe die Grundwasser-Verordnung  
 verlagert. Er selbst habe die Erfahrung gemacht, daß die Grund-  
 wasserstände außerordentlich veränderlich seien. Was die Ent-  
 eisenung anlangt, so müßte dieselbe an Ort und Stelle entseienet  
 werden, da es auf dem Wege nach dem Wasserwerk unter allen  
 Umständen abläuft, wenn es Eisen enthalte. Vor Allem möchte  
 er warnen, das Wasserwerk außer Betrieb zu setzen. Stadt-  
 bauath von Scholz bedauert, daß Herr Kipke  
 seinen Bedenken nicht eher Ausdruck gegeben habe. Die  
 Pumpverhältnisse seien seiner Zeit mitgetheilt worden. Wenn man  
 absolut sicher vorgehen wolle, dann müßte man jahrelang pumpen.  
 Auch dann könnte man noch nicht genau wissen, ob nicht einmal  
 die Wassermenge sich ändern werde. Das Eine ist fest, daß  
 augenblicklich die Anlage, welche an Stelle der künstlichen die  
 natürliche Filtration jene, erweiterungsfähig sei. Die Ent-  
 eisenungsfrage solle noch einmal eingehend berathen werden.  
 Auf die Beschwerde des Stadtverordneten Haber, daß über das  
 Leitungswasser in den letzten Tagen Beschwerden erhoben worden,  
 bemerkt Stadtbauath von Scholz, daß ihm Direktor Schneider  
 mitgetheilt, daß das langsame Filtrationsverfahren sich gut be-  
 währte. Stadtrath Treu bemerkt, daß bei der hohen Kälte das  
 Wasser einen höheren Kalkgehalt gehabt habe, wodurch  
 vielleicht ein über Geschmack herbeigeführt sein möge. Bei dem  
 wärmeren Wetter sei auch der Kalkgehalt wieder herab-  
 gegangen und der Geschmack werde in Folge dessen wieder besser  
 werden. Stadverordneter Kaiser konstatiert, daß das Wasser in  
 den letzten Tagen einen ekelhaften Geschmack gehabt habe und  
 er möchte den Magistrat ersuchen, Untersuchungen anzustellen,  
 ob nicht dieser Uebelstand für die Zukunft vermieden werden  
 könne. Stadverordneter Kipke begründet seine Bedenken  
 darüber, daß immer das nötige Grundwasser für Breslau  
 gefunden werden würde. Redner bezweifelt auch die natürliche  
 Filtration des Grundwassers. Gerade die Erdschichten,  
 durch welche das Wasser gehe, geben dem Wasser seinen Ge-  
 schmack. Er möchte wünschen, daß die Grundwasser-Verordnung  
 gelänge. Dieweil wäre nicht nur ein Segen für die Hygiene,  
 sondern auch für die Gewerbe. Stadtbauath v. Scholz führt aus,  
 daß Herr Kipke manches Nützliche aus seinen Erfahrungen mit-  
 getheilt, daß er aber falsche Schlüsse gezogen habe, indem er seine  
 Erfahrungen auf die von der Stadt zu schaffende Anlage übertrage.  
 Bekannte habe eine natürliche Filtration. Stadts. Dr. Flügge hält  
 dafür, daß Herr Kipke die neue Anlage unorthodox Weise verdrängt  
 habe. Die Bakterien, welche im Fließwasser reichlich vorhanden  
 seien, fehlten im Grundwasser gänzlich. Und dadurch seien wir vor  
 den Krankheitsverregern geschützt. Deshalb gingen jetzt auch alle  
 Städte zur Grundwasser-Verordnung über. Auch das nötige  
 Quantum von Wasser sei vorhanden. Wenn im Anfang  
 Störungen eintreten könnten, so habe man immer noch das  
 Wasserwerk. Er wolle ferner darauf hin, daß das Oberwasser durch  
 das Wasserschiff der Schiffahrt immer mehr benutzet werde.  
 Im Winter sei unser Leitungswasser zu kalt, so daß man sich leicht  
 Magenaffektionen zuziele, während es im Sommer zu warm sei.  
 Auch alle Techniker hätten sich höchst anerkannt über das Projekt  
 ausgesprochen. Ein Risiko gehe die Stadt durchaus nicht ein.  
 (Lebhaftes Bravo.) Stadts. Kipke betont wiederholt, daß er kein  
 Gegner des Projekts sei, bleibt aber dabei stehen, daß das Wasser  
 nicht durch feste Erdschichten filtrire, sondern in einzelnen Adern, um  
 Steine herum u. weiterfließe. Nach dem Schlusswort des Bericht-  
 erstatters Grund, welcher die Bedenken des Herrn Kipke zu wider-  
 legen sucht, werden die Anträge des Ausschusses mit großer Mehr-  
 heit angenommen.

Wahl eines Beisizers. Da der Stadts. Seidel  
 sein Amt niedergelegt hat, ist die Neuwahl eines Beisizers zu voll-  
 ziehen. Auf Antrag des Stadts. Müller wird Stadts. Lejus durch  
 Zuruf vom Beisizer gewählt.

Wahl eines Mitgliedes des Wahl- und Ver-  
 setzungs-Ausschusses. Es wurden 75 Stimmen abge-  
 geben. Die absolute Mehrheit beträgt mithin 38 Stimmen. Es  
 erhielten Stadts. Trelenberg 41 und Stadts. Arbulla 32 Stimmen;  
 einzelne Stimmen vertheilten sich Stadts. Trelenberg ist somit  
 gewählt.

**\* Ruffelstriebe und Schloffer, Dreher, Blechschloffer und Metallarbeiter** werden in diesem Zeitungsausschnitt für die Firma **Garrett, Smith u. Co. in Wagnersgasse 14** in der Hauptkasselle des Metallarbeiterverbandes mittheilt. Befanden sich die Arbeiter der Firma im Auslande.

**\* Volksvorstellung im Thalia-Theater.** Wir machen unsere Leser aufmerksam, dass für die nächste Volksvorstellung am 4. Februar, in welcher ein modernes Drama, **Mog. S. M. S. Junge**, zur Aufführung gelangt, noch Willkür in der Expedition zu haben. Stab.

**\* Der Kommodore** zweiter Theil fand gestern Abend im Hoftheater statt. Es hatten sich die Angehörigen der hohen und höchsten Aristokratie eingefunden, ferner Offiziere, Gelehrte, Beamte, auch einige Kaufleute und eine verhältnissmäßig große Anzahl Damen, um dem Vortrage zu lauschen, den der belächelte Vizeadmiral Paaschen hielt. Aber das zahlreich erschienene, theilweise recht chauvinistische Auditorium ließ sich nicht unterliehen die „bepfeiften Vorfälle“ und lebhaften „Trauerrufe“, ja die Langweile ging sogar so weit, daß viele den Saal verließen. In 1/4ständiger Rede sprach der Herr Admiral über die Nothwendigkeit der Flottenvermehrung, ohne die wir den Platz an der Sonne unmöglich behaupten könnten. Er las eine rein sachmännische ausdrucksreiche Rede ab, die bezeichnender Weise kein Wort enthält über die Art, wie man die Kosten zu decken gedenkt. Der schwache Beifall, den man endlich am Schluss vernahm, bewies, daß auch der zweite Bericht den Flottenwachsmann hier eine Lorbeeren brachte. Arbeiter hielten es nicht der Mühe werth, dem Vortrag zu besuchen.

**\* Von der Oder.** Obgleich bisher von allen Theilen des Stromes nur ein unbedeutendes Steigen des Wassers, ja von Rausch bereits wieder fallen gemeldet wurde, ist ein neues Steigen nach dem Regen wieder zu erwarten. Es zur Waispazierung ist die Oberelbe. Die alten Übersetzungen bis unterhalb Orlau sind noch vorhanden. Oberhalb Breslau hat man heute die Sprengarbeiten wieder aufgenommen. Da das Eis sehr hart ist, so werden sich die Verletzungen wohl leicht lösen, ohne großen Schaden zu verursachen. Die Gager Brücke, die Bastisch und die Mühlisch sind gelitten.

**\* Infuenza.** In der Woche vom 14. bis 20. Januar sind in Breslau 2 Todesfälle an Infuenza amtlich gemeldet worden.

**\* Neues Pokamt vor dem Oberthor.** Auf Anregung aus den Kreisen der Interessenten des Bezirks Obervorstadt ist die Breslauer Handelskammer wegen Errichtung eines neuen Stadtpokamtes bethätigt bei der Oberpostdirektion vorstellig geworden. Als

Ort für das neue Pokamt wird von den beteiligten Geschäftskreisen der Marktlokalplatz in Vorschlag gebracht. Die Handelskammer ist indessen der Ansicht, daß den Gesamtinteressen des Bezirks die weitere Erhaltung der bisherigen Lage der Obernördlichen Straßenzug, etwa den Weichenburger Platz, ebenfalls entsprechen würde.

**\* Stadt-Theater.** Heute Freitag wird Wagner's Oper „Lohengrin“ zur Aufführung gebracht. Morgen Sonnabend gelangt Sigfried Wagner's neue Oper „Der Fliegende Holländer“ zur Aufführung. Sonntag wird der „Trubadour“ in der bekannten Besetzung zur Aufführung gebracht. Darauf folgt „Cavalleria rusticana“.

**\* Hof-Theater.** Heute Freitag findet die vierte Aufführung von Jöns Schauspiel „Hedda Gabler“ statt. Morgen Sonnabend wird das schillernde Bauernbrot „Schonbeim Breiten“ von Carl Hauptmann, wiedergebirt. Am Sonntag geht die Operette „Die Puppe“ zum Abenden Male in Szene. Montag findet die überhaupt erste Aufführung von Henri Jöns neuestem Schauspiel „Wenn wir Todten erwachen“ statt.

**\* Thalia-Theater.** Sonntag geht das Dumas'sche Lustspiel „Jean und Rebenkain“ und „Genie“ in Szene. Der Vorverkauf findet morgen, Sonnabend von 10—3 Uhr bei Reinhold Ludwig, Ring 10/11, Eingang Wäckerplatz, statt.

**\* Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.** Die neue Abonnementsreihe beginnt heute Freitag, für Gruppe L, und morgen Sonnabend für Gruppe M, mit dem Hottel'schen Schauspiel „Der Baum und Dattelbaum“.

**\* Unglücksfälle.** Ein Kohlenhändler durchlief sich mit der Art den rechten Daumen. Einem Arbeiter fiel in einem Neubau auf der Feldstraße ein Ziegel auf den Kopf, wodurch er eine erhebliche Wunde erlitt. Ein Landwirt von der Hubenitroße kam beim Düngertreiben zu Fall und erlitt einen Splitterbruch des linken Fußgelenks.

**\* Elternloses Kind.** Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß bei einer Aushexenfrau auf der Reuben-Lauenburgerstraße ein Knabe durch ein junges Ehepaar in Pflege gegeben worden ist. Der Mann hatte angegeben, daß der Knabe Fritz Schiller heiße. Da sich die Eltern nicht um das Kind kümmern würden, vermuthet, daß dieselben sich unter Angabe eines falschen Namens des Kindes entledigt hätten. Die Nachbarn haben zu der Annahme geführt, daß das Ehepaar mit dem Heinrich Bogislaw'schen Eheleuten, welche zuletzt Jobitenstraße 8 gewohnt haben und seit dem 21. Dezember spurlos verschwunden sind, identisch ist. Der Mann, dessen wieder Erwachen die Eltern zu sein hoffen, soll Reisender in einem Maschinengeschäfter sein. Bis jetzt konnte das Ehepaar nicht ermittelt werden. Verschiedene Bewohnerinnen des Hauses Jobitenstraße Nr. 8 haben sich das Kind angesehen und es als das der Bogislaw'schen Eheleute bezeichnet.

**\* Gestohlen wurden aus einer Wohnung am Ring 90) Generalwaffen des Konsumvereins im Geldwerthe von 100 Mk. — Von dem Modellwagen eines Spediteurs wurde eine Panfarte im Werthe von 30 Mk. entwendet. — Einem Buchhändler wurden aus seiner Wohnnung auf der Höhenstraße eine graue Hose und ein Rod im**

Werthe von 50 Mk. gestohlen. Auch wurden seine auf den Namen Zimmermann lautenden Papiere entwendet.

**\* Vermittelt.** Der 13 Jahre alte Knabe Oskar Delch, dessen Eltern Laurentiusstraße 16 wohnen, wird seit dem 22. d. Vermittelt. Er ist mit buntem braunem Jaquet, bunten Hosen, schwarzer Krummhals und Gamaschen bekleidet. — Seit dem 23. d. M. wird der 13 Jahre alte Knabe Richard Reich, Burgfeld 15, vermittelt. Derselbe trägt einen hellbraunen Anzug, Schnürschuhe und ein rothgelbes Hemd.

**\* Polizeiliche Meldungen.** In das Volkgefängnis wurde am 24. d. M. 34 Personen eingeliefert. — Gesunden wurden ein goldenes Armband, eine goldene Damenuhr, ein goldener Ring mit einem Stein, eine Splinderuhr und eine Knabenhose. — Ein Banden kam: ein Bismarckstück, ein Bierglas mit silbernen Beschlag, ein Bierglas, eine goldene Damenuhr, gezeichnet S. S. eine goldene Damenuhr mit grünem Zifferblatt und goldener Ketten, ein Portemonnaie mit 12.50 Mk., drei einzelne Gummitaschen für Bringsmaschinen und ein Paket mit drei ebensolchen Waagen.

**\* Kaufka.** 24. Januar. Man höre und staune! In der Nacht vom 27. zum 28. Dezember wurde, wie erinnerlich ist, ein Bagm-Lieger nach Reichenhammer das Gespann des Köchlers Geibel aus Gagan vom Zuge überfahren, wobei beide Schützen in Trümmer ging und mehrere Rentner verletzten. Die Schützen darauf besaßen, zum Verkauf untauglich wurden. Ein Fleisch lagert, wie der Niederb. B. meldet, heut — nach 4 Wochen — noch auf den Bahnterrain und verpestet in weitem Umkreise die Luft — Sollte man so etwas wohl für möglich halten?

**Neueste Nachrichten.**

**Vom österreichischen Bergarbeiterstreik** berichten bürgerliche Blätter: Die Lage ist in allen Ausnahmestellen unbeeinträchtigt, die Ruhe wurde nirgends gestört. Der Bergarbeiterstreik hat sich in Trümmern aufgelöst, die Bergarbeiter sind zurückgekehrt, die Bergwerksverwaltung und Bergarbeiter sind sich wieder einig geworden.

**Der Krieg in Südafrika.** Nach Brüsseler Meldungen besetzte General Buller die Nekmündung nur eine vorgeschobene Position der Buren, eine kleine Anzahl Buren, nicht aber den Spionkop selbst. — General Buller hat seinen Wunden erlegen.

**Wasserstands-Nachrichten.**

Wasserstand	Mittel	Höchst	Tiefst	Oder				Elbe				Saale		Spreche	
				1. Jan.	2. Jan.	3. Jan.	4. Jan.	1. Jan.	2. Jan.	3. Jan.	4. Jan.	Höchst	Tiefst	Höchst	Tiefst
28. 1.	4.30	2.31	3.82	—	4.20	4.14	4.94	2.66	2.48	2.20	5.14	0.18	1.98	—	—
29. 1.	5.20	2.97	2.08	0.18	3.34	3.28	4.72	2.42	2.16	2.06	6.08	0.50	1.82	1.00	—
30. 1.	1.52	1.87	1.94	0.44	—	—	4.69	2.11	1.52	1.37	4.94	0.44	2.00	1.49	1.32

**Stadt-Theater.**  
Freitag:  
„Lohengrin“.  
Sonnabend:  
„Der Fliegende Holländer“.

**Lobe-Theater.**  
Freitag:  
„Hedda Gabler“.  
Sonnabend:  
„Scheinsache“.

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
Freitag:  
Gruppe L 1. Vorstellung.  
Sonnabend:  
Gruppe M 1. Vorstellung:  
„Der Baum und Dattelbaum“.

**Thalia-Theater.**  
Sonnabend:  
„Jean“  
oder  
„Rebenkain und Genie“.

**LIEGNITZ.**  
● **Volks-Verein** ●  
Antrag, am 29. d. Mts., Umts 8 Uhr  
**Ausserordentliche  
General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom IV. Quartal.  
2. Statuten-Änderungen.  
3. Verschickenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Geliebkauft.**  
Gummischuhe für Damen 1.75.  
Gummischuhe für Herren 2.50.  
Gummischuhe-Reparatur billigt.  
Alle Gummischuhe werden geliebt  
Zu Gummischuhen 10 Pf.  
Herren-Zad-Zanzische 3.00.  
Damen-Zad-Zanzische 2.00.  
**W. Gluche,**  
Neumarkt 13, Ecke Dreienstraße.

**Wenn**  
Wir auch viel geladen  
Zum Schluss gehen nach Haus.  
So kann das ja nicht schaden.  
Den Zufall schlief man aus.  
Wohlgemut ist ein glücklicher Mensch.  
Bodentempel 20. von 25 Pf. an.  
Bodentempel, Güte, Glauben in  
Auswahl und großen Massen am  
Sager. Bodentempel ganz neu und  
humoristisch. **Estilon-Ordnung**  
20. von 15 Pf. an bis 3 Pf.  
Anzahlung 20. von 35 Pf.  
an. **Estilon-Ordnung 10 Stück 15 Pf.**  
100 Stück 1.25 Pf. Schneebälle.  
Baumstücken, Contambomben,  
Karten, Plakate 10, 20, 30, 40, 50.  
Kalender zu 10, 20 bis 35 Pf. bei  
**Robert Hein,**  
Papierhandl., Messergasse 20.

**Zeitgarten.**  
Ab 16. Januar  
ganz neues Programm.  
Der größte Erfolg der Saison  
**8 Schlager-  
Specialitäten.**  
Dazu nur noch kurze Zeit die  
brillante Operette  
„Glück auf“.  
Im Tunnel:  
**Die Matrosen-Capelle.**

**Sie erhalten Geld!!**  
Von gutem Leder  
und besten Ausführung liefert  
**innerhalb 20 Minuten**  
Herren-Sohlen u. Absatz 2,00 Mk.  
Damen-Sohlen u. Absatz 1,40.  
Mädchen-Sohlen u. Abs. 1,10.  
Kinder-Sohl. u. Abs. 0,70—0,90.  
Bei beschränkter Reparaturen  
gratis.  
**Elektr. Betrieb. Wartung!**  
Günstige fertige prima  
**Samaschen** für Herren und  
Damen zu 1,95 Mark. An-  
fertigung nach Maß billig!  
**Amerikanische Schnellableiter**  
jetzt Nicolaistraße 20  
(gegenüber dem Volkshaus)  
5746

6-55 Reine beliebten  
**Cigarren, Cigaretten  
und Tabak**  
wie vorzüglichem  
**Hamburger Caffe**  
und **Souchong-Thee**  
empfehle ich zu billigen Preisen  
einer gerechten Beachtung.  
**Oscar Betz, Adalbertstr. 2.**

**Am billigsten**  
kauft man  
im **Eschpiner  
Schuhlager**  
**Kurze Gasse 55**  
**H. Härtel,**  
Schuhmachermeister.

**Socialdemokratisches  
Liederbuch**  
von  
**Max Kegel.**  
Preis 40 Pf.

Am 24. d. Mts. verschied infolge Unglücksfall  
nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser  
werther Kollege, der Vorschmid  
**Sylvester Sczymanski.**  
Sein Andenken werden in Ehren halten  
**seine Kollegen der Waagenfabrik  
C. Herrmann.**  
Beerdigung findet Sonnabend, Mittags 1 Uhr, vom  
Krankenhaus Einbaumstrasse aus statt. 83

**Socialdemokratischer Verein  
für Breslau u. Umgegend.**  
Sonntag, den 28. Januar, Nachmittag 1/2 Uhr,  
im Saale von Kostrowsky, Lohestr. 75:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Eröffnung des Jahresberichts. 67  
2. Neuwahl des Vorstandes.  
Die zahlenden Mitglieder werden um baldige  
Zahlung erucht. Mitgliedsbuch legitimirt.  
Um vollständiges Erscheinen erucht  
Der Vorstand.

**Tabakarbeiter.  
Oeffentliche  
Mitglieder-Versammlung**  
Sonntag, den 28. d. Mts., Nachmittags 1 Uhr,  
im Vereinslokal zu den „Drei Tauben“.  
Tagesordnung:  
1. Urabstimmung. 84  
2. Diskussion.  
3. Verschickenes.  
Um zahlreiches Erscheinen erucht  
Der Vorstand.

**Großes Schuhwaaren-Lager**  
**Adolf Hollaender,** 5606  
39, Klosterstr. 39, gegenüber d. Mauritiuskirche.  
Für Herren:  
Gamaschen  
d. 4.55.  
Fergschiefer  
d. 6.50.  
Salschiefer  
d. 5.25.  
Plüschhansschuhe  
d. 2.15.  
Für Damen:  
Zucht-fel  
d. 3.50.  
Knopfschuh  
d. 6.75.  
Zucht-fel  
d. 6.50.  
Zucht-promaden-  
schuhe d. 1.95.  
Panschuhe für Damen, von 0.95 an.  
Ausführung von Reparaturen schnell, billig, gut.

**Getreide-Kornbranntwein**  
vorzügliche Qualität, liefert einem geschmackvollen Substanz en détail  
und ein gros zu billigen Preisen  
die **Dampfbranntwein-Brennerei** von  
**A. Schumm, Inhaber Wilhelm Hänel**  
Scheitniger-Strasse 20 (Ecke Hirsch-Strasse.)

Hente Freitag:  
**Reste-Thee.**  
**Teichmann & Co.**  
Chinesische Teebehandlung.  
Das beste und reellste Schuhwerk  
neuester Façon kauft man bekanntlich zu den denkbar billigsten  
Preisen nur bei  
**H. Christmann**  
37, Scheitniger-Strasse 37.  
Bitte genau auf Firma zu achten.

**Kaffee! Kaffee!**  
**Trotz dem**  
Kaffee in letzter Zeit bedeutend im Preise  
gestiegen ist, bin ich dennoch in der Lage,  
denselben vorläufig  
**ohne jeden Preisaufschlag**  
zu den bisherigen Preisen in bekannter  
Güte weiter verkaufen zu können. 78  
**Kaiser's Kaffeegeschäft.**  
Breslau  
Alte Graupenstraße 9, Neue Junfernstraße 15,  
Bodentempelstraße 27, Neumarkt 8,  
Friedrich-Wilhelmstr. 59, Ring, Niemerzeile 9,  
Gartenstraße 1, Reichestraße 53,  
Gartenstraße 4, Scheitnigerstraße 19,  
Klosterstraße 23/25, Schmiedeburde 19,  
Matthiasstraße 101, Borwerkstraße 57a.  
Größtes Kaffee-Import-Geschäft  
Deutschlands im directen Verkehr mit  
den Consumenten.  
Theilhaber der Venezuela-Plantagen-Gesellschaft  
G. m. b. H.

**Der Neue Weltkalender**  
für 1900  
Preis 40 Pfennige.